

Erklärung der Betriebsräte aus den INA- und FAG-Standorten in Deutschland

Vor etwa einem Jahr haben die Betriebsräte bei INA und FAG nach schwierigen Verhandlungen eine Standortsicherungs- und Beschäftigungsvereinbarung abgeschlossen.

Diese Vereinbarung beinhaltet für rund 21.000 Beschäftigte in Deutschland ein hohes Maß an Arbeitsplatzsicherheit und sichert das Fortbestehen aller Standorte bis mindestens 2008.

Als Vorleistung brachten die Beschäftigten von INA und FAG eine Arbeitskostensparnis im deutlich zweistelligen Millionenbereich (Euro!) ein. Darüber hinaus wurde ein hohes Maß an Flexibilität, insbesondere durch die Arbeitszeitkonten vereinbart.

Die Betriebsräte und mit ihnen die Belegschaften stehen aufrichtig hinter diesen Zugeständnissen und sind bereit auch künftig die Einhaltung der zugesagten Regelungen zu garantieren. Dies ist jedoch kein Automatismus.

Mit Sorge und Unverständnis nehmen wir zur Kenntnis, dass die Geschäftsleitung über interne und externe Presseberichte und Verlautbarungen ihre alten und aus unserer Sicht überholten Forderungen erneut aufs Tablett bringt.

So wird beispielsweise dargestellt, nur bei einer unbezahlten Arbeitszeitverlängerung, also dem Unterlaufen bestehender Tarifverträge bzw. Gesetze fände künftig noch Wachstum in den deutschen Standorten statt.

Entsprechende Gespräche wurden bereits mit dem Betriebsrat im FAG Standort Eifershausen geführt.

Im INA Werk Gunzenhausen soll die Belegschaft die Zukunft des Standortes durch Tarifbruch und unbezahlte Mehrarbeit von 220 Stunden im Jahr selbst finanzieren.

Nur zur Erinnerung: Dort hat die Belegschaft erst im Frühjahr diesen Jahres mit dem faktischen Verzicht auf die Tariflohnerhöhung den höchsten Beitrag aller tarifgebundenen INA Standorte eingebracht.

Auch in einer Reihe anderer Schaeffler-Standorte wird versucht, den Betriebsräten, meist unter vier Augen oder im kleinen Kreis, die „Vorzüge“ unbezahlter Mehrarbeit schmackhaft zu machen.

Selbst vor der offenen Aufforderung zum Bruch bestehender Gesetze und Tarifverträge wird dabei nicht halt gemacht und nicht selten legt man dabei die Zukunft eines Standortes „vertrauensvoll“ in die Hände des Betriebsrats und der Belegschaft.

Um klar zu stellen: **Einzig der Arbeitgeber entscheidet, was und wie viel wo gefertigt wird.**

Die Belegschaften und die Betriebsräte haben nicht entschieden, dass Brasov, Skalica oder Taicang gebaut oder ausgebaut werden. Sie haben nicht entschieden Hülsen und Muttern, Kegelrollenlager oder Finanzdienstleistungen zu verlagern. Oder große Umfänge der Logistik auszugliedern und fremd zu vergeben.

Wir gehen davon aus, dass viele dieser Entscheidungen aus unternehmerischer Sicht wichtig und richtig waren und sind bei entsprechender Einbindung auch bereit diese Wege mitzugehen, wenn daraus keine Nachteile für die bestehenden Belegschaften erwachsen - und nur dann!

Aus gutem Grund ist daher das **Management** nach den Beschäftigungsvereinbarungen **aufgefordert**, die aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen beschlossenen Veränderungen mit neuem **Arbeitsvolumen zu kompensieren**.

Weiter wurde vereinbart, für jedes Werk ein sogenanntes Standortkonzept oder Leitbild zu erstellen und mit den Betriebsräten zu beraten. Nach einer Reihe von Gesprächen gehen wir davon aus, diese Konzepte in den nächsten Wochen zu erhalten.

Auf dieser Basis sind wir bereit, aktiv an den Herausforderungen der Zukunft mitzuarbeiten.

Wir sind jedoch nicht bereit, und sehen angesichts der hervorragenden wirtschaftlichen Situation des Unternehmens auch keinerlei Veranlassung, einen weiteren Verzicht der Belegschaften zu leisten.

Wir verweisen auf die Vereinbarungen von Ende 2004. Verträge sind einzuhalten - sowohl in der Formulierung als auch im Geiste der besprochenen Inhalte.

Jetzt ist das Management gefordert, etwas zu „unternehmen“.

Wir fordern deshalb:

- **Neue Produktionsvolumen als Ersatz für die Produkte, die verlagert oder nicht mehr produziert werden.**
- **Weitere Verstärkung der Aktivitäten in Vertrieb, Forschung, Entwicklung und Anwendungstechnik.**
- Zusätzlich zu den notwendigen **Informationen zur Ertragslage** müssen den Arbeitnehmervertretungen im Wirtschaftsausschuss **die Chancen und Risiken der Wachstumsstrategie** des Managements dargestellt werden, um mögliche Folgen für die Arbeitnehmer abschätzen zu können. **Dazu bedarf es der Transparenz von Unternehmensentscheidungen.**

Wir sprechen ausdrücklich unsere Anerkennung für das hohe Investitionsvolumen in die deutschen Standorte aus, halten aber auch angesichts der außerordentlich positiven Ertragslage des Unternehmens nichts davon, dass diese Investitionen oder gar die in die ausländischen Standorte, durch einen weiteren Verzicht unserer Belegschaften finanziert werden.

Klar und deutlich bekennen wir uns dazu, bei nachprüfbar und nachweisbaren Einbrüchen von Ertrag, Finanzstruktur oder gar bei wirtschaftlicher Not entsprechende Gespräche zu führen, auch im Interesse der von uns vertretenen Belegschaften.

Allerdings verweisen wir auf den gesetzlichen Handlungsrahmen von Betriebsräten. Aus gutem Grund sind den **Betriebsräten** nach Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz Regelungen, die in die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien fallen, verwehrt.

Wir Betriebsräte der zukünftigen Schaeffler KG sind nicht bereit, Gesetzesbruch zu begehen!

Im Übrigen halten wir den Weg der Arbeitszeitverlängerung, auch angesichts von mehr als 4,5 Millionen arbeitsloser Menschen in unserem Lande als prinzipiell falsch.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung **verpflichten wir uns** - gemeinsam mit den Belegschaften der Standorte - **jedem Angriff auf die tariflichen Mindeststandards entgegenzutreten.**

Im Oktober 2005 beschlossen von allen Betriebsräten in den tarifgebundenen deutschen Standorten der INA und FAG Werke und unterzeichnet von den Betriebsratsvorsitzenden.

Uwe Beckmann, Wuppertal

Christoph Dörr, Eltmann

Joachim Grimm, Hirschaid

Alfred Kupfer, Höchstadt

Norbert Lenhard, Schweinfurt

Fritz Oblinger, Ingolstadt

Hermann Beißer, Gunzenhausen

Reinhard Gläsel, Steinhagen

Bettina Heurung, Elfershausen

Peter Lauer, Homburg

Thomas Molkner, Herzogenaurach

Michael Tuchart, Luckenwalde

Gemeinsame Erklärung der Betriebsräte der FAG- und INA-Werke

Oktober 2005